

02.01.2012

Tarifverhandlungen 2012

Der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Peter Heesen, rechnet mit schwierigen Tarifverhandlungen für die rund 1,3 Millionen Angestellten von Bund und Kommunen. Heesen verwies gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa) am 30. Dezember 2011 in Berlin auf die schwierige Haushaltslage vor allem der Städte und Gemeinden. Andererseits müssten die Einkommen der Angestellten steigen, damit der öffentliche Dienst im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft mithalten könne. Notfalls seien die Angestellten auch streikbereit, betonte Heesen. „Aber das ist erst der übernächste Schritt. Wir setzen zunächst auf die Überzeugungskraft in den Verhandlungen“, sagte Heesen.

dbb fordert konsequenten Altschuldenabbau

Der Solidaritätszuschlag sollte nach Ansicht des dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen zum Schuldenabbau umgewidmet werden. Der Aufbau-Ost sei weitgehend abgeschlossen, so der dbb Chef am 27. Dezember 2011 gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa) in Berlin. „Im Westen klagen ja schon viele, dass der Osten besser aufgebaut sei als der Westen. Da kann man auch sagen, wir erheben den Zuschlag weiter - aber nicht mehr als Solidarität mit dem Osten, sondern zum Abbau der Schulden.“ Heesen verwies darauf, dass die Gebietskörperschaften derzeit mit rund zwei Billionen Euro verschuldet sind.

Steueränderungen 2012

Zum 1. Januar 2012 sind wieder einige bedeutende Änderungen im Steuerrecht zu verzeichnen.

- Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrages um 80 Euro
- Wegfall der Einkommenssteuerprüfung bei volljährigen Kindern
- Vereinfachung bei der Vermietung an Angehörige (66 Prozent der ortsüblichen Miete gelten als maßgeblicher Ansatz für den vollen Werbungskostenabzug)
- Kapitaleinkünfte bei Spenden und außergewöhnlicher Belastung

Ab 01.01.2012 verschärfte Umweltzonen

Ab dem 1. Januar gelten für viele Städte neue Vorschriften, was die freie Fahrt in die Innenstadt betrifft. Nur noch Autos mit grüner Plakette dürfen in Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hannover, Krefeld, Leipzig, Osnabrück und Stuttgart ins Zentrum fahren. Laut ADAC „fühlen sich viele Bürger, auch vier Jahre nach dem Start der ersten Umweltzonen ausgesperrt, an ihrer Berufsausübung gehindert und vom Staat bevormundet.“ Die Wirksamkeit von Umweltzonen wird mittlerweile stark angezweifelt. Ein deutlicher Rückgang der Luftschadstoffe konnte noch in keiner Stadt nachgewiesen werden. Das Fahren oder Parken in der Umweltzone ohne vorgeschriebene Plakette kostet 40 Euro und einen Punkt in der Verkehrssünderdatei.

Rekordzahl bei der Frührente

Nahezu jeder zweite Beschäftigte in Deutschland geht vorzeitig in den Ruhestand und nimmt dafür teils beachtliche Rentenabschläge in Kauf. Der VdK warnt, dass mit Einführung der Rente ab 67 sich die Gefahr der Altersarmut weiter verschärfen könnte. In 2010 lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei 63,5 Jahren.
